



Berlin, 25. Februar 2020

Wohnen ist Menschenrecht

Aufruf zum bundesweiten Aktionstag Wohnen am 28. März 2020

Wir haben eine Wohnungskrise! Die Boden-, Immobilien- und Mietpreise schießen vielerorts in absurde Höhen. Die Spekulation blüht. Immobilienvermögen wachsen rasant. Den Preis zahlen die Mieterinnen und Mieter.

Das Aktionsbündnis „Wohnen ist Menschenrecht“ fordert deshalb bezahlbaren Wohnraum für alle, kein Boden der Spekulation und ruft auf zu einem

Bundesweiten Aktionstag Wohnen, 28. März 2020 Housing Action Day – Wohnen für Menschen statt für Profite.

Zusammen mit lokalen Initiativen, regionalen und bundesweiten Bündnissen gehen wir am 28. März 2020 gemeinsam und an vielen Orten auf die Straßen, um das Menschenrecht auf Wohnen durchzusetzen.

Das Aktionsbündnis „Wohnen ist Menschenrecht“ fordert eine radikale Kursänderung in der Wohnungspolitik.

- Mieten müssen bezahlbar sein und bleiben!
- Recht auf Wohnen umsetzen, Schluss mit Verdrängung und Wohnungslosigkeit!
- Nachhaltigen, bedarfsgerechten und sozialen Wohnraum schaffen!
- Privatisierungen und Spekulation stoppen – Gemeinwohl durchsetzen!

Um diesen Forderungen den notwendigen Nachdruck zu verleihen, sind diverse Aktionen und Demonstrationen geplant u.a. in: Aachen, Berlin, Bochum, Bremen, Dortmund, Dresden, Frankfurt am Main, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Köln, Krefeld, Leipzig, Mannheim, München, Münster, Stuttgart und Tübingen.

Aktuelle Informationen zu den konkreten Planungen in diesen Städten und der Aufruf zum bundesweiten Aktionstag Wohnen im Wortlaut unter www.menschenrecht-wohnen.org.

Jetzt neu:

Auf der Website des Aktionsbündnisses www.menschenrecht-wohnen.org sind ab sofort Kurzvideos eingestellt, die die Wohnungsnot und – probleme aus verschiedenen Blickwinkeln konkret beschreiben. Die Clips sind auf Veranstaltungen mit Betroffenen in Berlin, Frankfurt und München entstanden:

- Wohnungslose, die das Menschenrecht auf Wohnen einklagen.
- Normalverdiener, die sich das Wohnen in der Stadt nicht mehr leisten können fordern: Mieten müssen bezahlbar sein.
- Kündigungsschutz und Mietpreisregulierung für Kitas, Sportvereine und kleine Gewerbetreibende – gegen Verdrängung und Spekulation.
- Studierende in Wohnungsnot – Was nutzt der Studienplatz, wenn keine Wohnungen vorhanden sind?

+++

*Träger des parteipolitisch neutralen Bündnisses sind der Deutsche Mieterbund (DMB), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Berliner Mieterverein (BMV), ver.di, die BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W), die Nationale Armutskonferenz (NAK), Attac, der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs), das Netzwerk Mieten & Wohnen, Bizim Kiez, Mietentscheid Frankfurt und #ausspekuliert.*